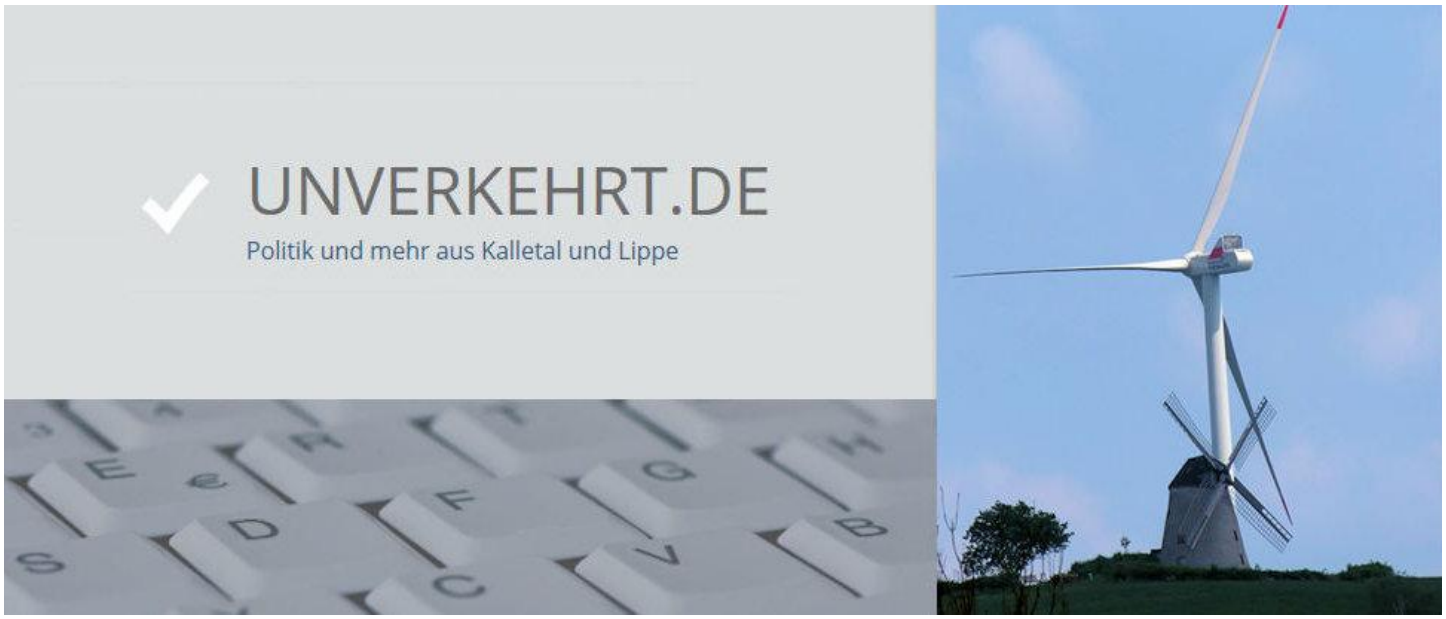

Ratssitzung am 30.10.2025, Tagesordnungspunkte 5 und 6

Weitere 215.000 Euro für das MVZ Kalletal

Die Kalletaler CDU hat immer wieder Daten und Zahlen zum MVZ vom Bürgermeister (BM) gefordert. Die liegen nun in Teilen, aber immer noch nicht vollständig vor. Die bisherige Entwicklung und eindeutigen Zahlen sprechen gegen weitere Darlehen. Der erste Geschäftsbericht weist auch für die nächsten Jahre große Fehlbeträge aus. Das Prinzip Hoffnung auf zukünftig mehr Patienten beschert dem MVZ laut Geschäftsbericht in einigen Jahren angeblich bessere Zahlen. Wer soll das glauben?

In der Vorlage des BM und den zugehörigen Anlagen wird als Ursache für den Geldmangel der Wahlkampf des Bürgervereins UKB verantwortlich gemacht.

Wer dem Beschlussvorschlag zugestimmt hat, **macht sich auch diese Begründung zu eigen.**

Seine Einschätzung der Zahlen, Fakten und Ereignisse im Wahlkampf lieferte zu Beginn der Debatte der CDU-Fraktionsvorsitzende Julian Gerber.

Hier sein Beitrag:

……

Statement der CDU Fraktion Kalletal zum geplanten Darlehen an die MVZ Kalletal GmbH

„Das MVZ Kalletal müsste eigentlich insolvent sein“ – über diese Aussage wurde in den vergangenen Wochen in Kalletal gestritten, sogar vor Gericht. Tatsache ist, dass auch nach Aussage der derzeitigen Geschäftsführerin das MVZ Kalletal definitiv in die Insolvenz geht, wenn heute keine sechsstelligen Beträge aus Steuermitteln zugeschossen werden. Und das nach nur einem halben Jahr im Betrieb.

Zuallererst möchte ich unsere Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass wir heute endlich einmal öffentlich über Zahlen, Daten und Fakten sprechen. Genau das, was wir uns von Beginn an gewünscht und auch immer wieder eingefordert haben – öffentlich wie nichtöffentlich -, wird nun – wenn auch nur, weil es der Gesetzgeber explizit verlangt – umgesetzt.

Dieses Dokument enthält einen Bericht aus dem Internetportal UNVERKEHRT.DE
Rechtliche Hinweise finden Sie auf den Internetseiten unter IMPRESSUM und DATENSCHUTZ

Bereits im März des vergangenen Jahres wurden uns seitens der Firma Dostal Angaben gemacht, die wir in der laufenden nichtöffentlichen Sitzung als falsch entlarven konnten – Bürgermeister und rot-grüne Ratsmehrheit glaubten uns damals nicht. Im Nachhinein haben sich die Annahmen von Dostal nunmehr auch faktisch nachweisbar als vollkommen falsch herausgestellt. Und dieser Trend setzt sich fort: Einsparungen bei einer Reinigungsfirma, die überhaupt nicht in den ursprünglichen Plänen vorgesehen war, werden uns heute als erfolgreiche Konsolidierungsmaßnahme verkauft.

Handwerkliche Fehler, falsche Annahmen und eine unveränderte Konkurrenzsituation haben uns an diesen Punkt geführt. Wir haben frühzeitig und immer wieder gewarnt – und leider Recht behalten. Die Finanzierung des MVZ durch Steuergelder ist nun notwendig, um die Zahlungsunfähigkeit abzuwenden.

Diese Entwicklung wäre vermeidbar gewesen, wenn man kritische Fragen auch offen zugelassen, unsere Hinweise ernst genommen und gemeinsam nach tragfähigen Lösungen gesucht hätte. Stattdessen wurde an einer Schönwetterstrategie festgehalten – mit bekannten Folgen.

Bis heute liegen uns zentrale Verträge, belastbare Wirtschaftspläne und vernünftige betriebswirtschaftliche Auswertungen nicht vor. Fragen an die Geschäftsführung werden oft ausweichend oder unvollständig beantwortet. Für uns Ehrenamtliche entsteht so eine Mauer des Schweigens, die jede politische Verantwortung erschwert. Mittlerweile müssen wir davon ausgehen, dass dieses Vorgehen System hat. Das schadet nicht nur dem Projekt, sondern auch dem politischen Klima und führt zu Politikverdrossenheit.

Wer heute ernsthaft behauptet, ein politischer Flyer sei hauptverantwortlich für sinkende Patientenzahlen, glaubt wohl auch an den Weihnachtsmann. Gerade in der

Zeit nach den Sommerferien ist – erfahrungsgemäß – mit steigenden Patientenzahlen zu rechnen. Das hat nichts mit einem Urteil zu tun.

Dass man sich stattdessen entschieden hat, unmittelbar vor der Kommunalwahl unliebsame politische Mitbewerber wegen dieses Flyers abzumahnen und sogar vor Gericht zu ziehen, obwohl längst bekannt war, dass dem MVZ die Zahlungsunfähigkeit drohte, ist schlicht unanständig.

Wenn man in einem Jahresbericht dann noch das Wort „Rufmord“ verwendet, gleichzeitig aber eine Kontoüberziehung von 38.000 Euro und eine desolate Liquiditätsplanung in den Büchern stehen hat, grenzt das für uns an Täuschung der Öffentlichkeit.

Dass der enorme Kapitalbedarf bereits im Hochsommer absehbar war, wissen wir heute. Warum Bürgermeister und Geschäftsführung diese Informationen jedoch bis nach der Wahl – und sogar im Gerichtsverfahren – zurückgehalten haben, muss jeder selbst bewerten.

Das ist entweder dreist oder zumindest bemerkenswert. So geht man nicht mit politischen Mitbewerbern um – das lehnen wir entschieden ab.

Wir stellen heute fest:

- *Hat der dritte Arzt, der laut Geschäftsführung nur „eine Formalie“ zur Zulassung benötigte, diese inzwischen erhalten? Nein.*
- *Hat das neugegründete MVZ innerhalb der ersten zwei Monate die erforderliche Patientenzahl erreicht, um schwarze Zahlen zu schreiben – wie von der Geschäftsführung angekündigt? Nein.*
- *Kann das MVZ sich finanziell selbst tragen und der Gemeinde die versprochenen sechsstelligen Gewinne einbringen? Nein. Der wirtschaftliche Nutzen wurde nicht nur überschätzt, er verkehrt sich gerade ins absolute Gegenteil.*

Im März 2024 hieß es, ein Nein zum kommunalen MVZ sei ein Bärendienst an den Bürgerinnen und Bürgern. Heute müssen wir die Gegenfrage stellen: Wer erweist mit einem Ja den Steuerzahlern einen Bärendienst?

Die fachliche Qualifikation, die der Bürgermeister der Geschäftsführung noch im Februar attestiert hat, muss angesichts der nun vorgelegten Prognosen und Wirtschaftspläne ernsthaft hinterfragt werden. Selbst die Prognosen zeigen, dass neben den heute zu beschließenden insgesamt 215.000 € bereits ab Februar des kommenden Jahres weitere 255.000 € erforderlich sein werden.

Wir fordern daher ein vollumfängliches Sanierungskonzept für die GmbH – ein Konzept, das über die Einstellung einer Reinigungskraft hinausgeht. Dieses Konzept muss von einer kompetenten Geschäftsführung umgesetzt werden – also ohne die Firma Dostal.

Diese Forderung gilt unabhängig vom Ausgang der heutigen Abstimmung:

Ob durch neue Finanzierungsbedarfe bei einem „Ja“ oder im Rahmen eines Insolvenzverfahrens bei einem „Nein“ – ein tragfähiges Sanierungskonzept wird in jedem Fall notwendig sein.

Zum Schluss möchten wir ausdrücklich betonen:

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die Ärztinnen, Ärzte und das Fachpersonal des MVZ. Deren Einsatz und Arbeit waren und sind nicht Gegenstand unserer Zweifel.

Wir würden uns freuen, wenn alle Beteiligten auch künftig Teil der medizinischen Versorgung in Kalletal bleiben könnten – in einer seriös und transparent geplanten, besseren, verantwortungsvolleren Struktur.

……

Dem hatten die SPD und Bündnis/90 - Sprecher nichts entgegenzusetzen. Keine seiner Aussagen konnte entkräftet werden. Nur, dass das MVZ erhalten bleiben und künftig alles besser gemacht werden soll. Wie, darüber wurde nichts gesagt.

Auch die Mitglieder der Gesellschafterversammlung von SPD und Bündnis90/Grüne hüllten sich in Schweigen.

Auch der Bürgermeister (BM) konnte die Vorwürfe nicht entkräften. Er verstieg sich in Anschuldigungen wegen des Verstoßes der Verschwiegenheitspflicht, sprach von dubiosen Bedrohungen und auch davon, dass das Freibad schließlich auch jährlich 224.000 Euro Zuschuss verschlingt. Eigentlich war das die Fortsetzung der Rechtfertigungsorgie seiner Geschäftsführerin. Aber er bot der CDU auch die künftige Bildung eines Aufsichtsrates an, der dann künftig die Verantwortung für dieses überschuldete Unternehmen übernehmen soll. Ein Schelm….

Bei der Abstimmung blieben UKB und die, wie schon auffällig oft bei diesem Thema, nicht ganz vollzählige CDU bei ihrer Ablehnung. Dass SPD und Bündnis90/Grüne weiter für neue Kredite stimmen, war zu erwarten.

In Kürze muss für 2026 ein weiterer Zuschuss kommen, für den dann der neue Rat zuständig ist. Wir sind gespannt. (EDHB31102025)

Dieses Dokument enthält einen Bericht aus dem Internetportal UNVERKEHRT.DE
Rechtliche Hinweise finden Sie auf den Internetseiten unter IMPRESSUM und DATENSCHUTZ